Nummer 12 | September 2019

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause stand die 1. Lesung des Bundeshaushaltes an. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 359 Mrd. Euro. Der größte Anteil des Bereiches umfasst Arbeit und Soziales mit 41%, trotzdem werden die Forderungen nicht weniger, noch mehr Gelder einzustellen. Unglaublich! Die Wünsche wachsen in den Himmel! Dabei

müsste unser Augenmerk z.B. mehr auf dem Wachstum der Bäume, auf unseren Wäldern liegen, wie der Waldbeauftragte der Bundesregierung bei seinem Besuch im Wahlkreis anmahnte. Dies und mehr erfahren Sie in dieser NAG.

Ihre

Astrid Grotelüschen

Starker Start in die Haushaltsberatungen

Aktuell debattieren wir im Bundestag den Entwurf des Bundeshaushaltes für das Jahr 2020. Erneut gilt für uns der verantwortungsvolle Umgang mit dem Geld der Steuerzahler und die Vermeidung neuer Schulden und Steuern als oberstes Gebot. Eine schwächere Konjunktur, hohe Umverteilung an Länder und Kommunen, sowie Mehrausgaben im Sozialbereich verlangen von uns klare Prioritäten bei den Ausgaben.

Für mich sind das vor allem Investitionen in die Digitalisierung und Innovation unserer Wirtschaft, aber auch in Bildung und Weiterbildung. Grundlage für ein zukunftsfähiges Gemeinwesen ist aus meiner Sicht ein hervorragendes Ausbildungsniveau. Daher werden wir die Ausgaben für die Aufstiegsfortbildung, also z.B. für Meister-Kurse um insgesamt 125 Mio. Euro erhöhen. Das entsprechende Gesetz soll noch 2019 angepasst werden und sieht Erhöhungen der Darlehen und Zuschüsse vor. Dies fügt sich wunderbar in die Strategie der Union zur Stärkung der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens ein. Unser Ziel ist es, allen Menschen unabhängig von ihrer Situation Weiterbildung zu ermöglichen.

Auch unsere Wirtschaft passt sich den Herausforderungen der Digitalisierung an, geht mit innovativen Produkten an den Markt und entwickelt neue Geschäftsmodelle. Mit 475 Mio. Euro, also einem Plus von rund 43 Mio. unterstützt der Bund hier insb. den Mittelstand und das Handwerk bei der Entwicklung digitaler Technologien, mit Gründerwettbewerben und Kompetenzzentren. Zusätzlich haben wir die Zuschüsse für digitale Technologien für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) auf 40 Mio. Euro vervierfacht. Dass diese Förderungen auch in unserer Region und gerade in ländlicheren Bereichen stärker abgefragt werden, dafür setze ich mich weiter ein.

Unser Wald - Klimaschutz pur

Unser Wald ist in Gefahr. Brände, Dürre und Schädlinge setzen ihm zu. Die Schäden werden von Jahr zu Jahr größer. Zusammen mit dem Waldbeauftragten der Bundesregierung, Cajus Caesar, habe ich mir im Wahlkreis ein Bild vom Zustand unserer Wälder gemacht.

Wälder bedecken ein Drittel der Landesfläche Deutschlands. Sie sind wertvolle Erholungssysteme, bedeutende Rohstofflieferanten und Ökosysteme. Als Kohlenstoffspeicher mindern sie unsere CO2-Bilanz um stolze 127 Millionen Tonnen pro Jahr. Wenn wir unseren Wald erhalten wollen, dann müssen wir weg von dem Motto: Die Natur wird es schon richten. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist die Waldstrategie der Bundesregierung. Sie verfolgt das Ziel, standortgerechte, gesunde und an den Klimawandel anpassungsfähige Wälder zu erhalten. Das beinhaltet nicht nur Maßnahmen zur Sicherung der Artenvielfalt und des Schutzes von Boden und Wasserhaushalt, sondern auch das Pflanzen von Millionen Bäumen. Diese Anstrengungen sind unerlässlich, wenn wir unsere Wälder als Lebensraum für Mensch und Tier erhalten möchten.

Organspende - Leben schenkende Entscheidung

10.000 Menschen warteten 2018 auf ein lebensrettendes Spenderorgan - die meisten vergeblich. Deutschland ist Spenden-Schlusslicht in Europa. Weder die Verbesserung der Abläufe, noch die zahlreichen Informationskampagnen haben daran etwas ändern können. Das kann nicht so bleiben. Das gemeinsame Ziel meiner Kolleginnen und Kollegen im Bundestag ist es, eine schnelle Verbesserung zu erreichen. Uns ist klar, dass eine Neuregelung der Organspende sensible Punkte berührt. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit der Staat mit dem Einfordern von Solidarität gehen darf. Der am weitestgehende Vorschlag wird u.a. von Jens Spahn, unserem Bundesgesundheitsminister, vertreten. Die doppelte Widerspruchsregelung sieht im Wesentlichen vor, dass alle volljährigen Bürger ab einem Stichtag als potenzielle Spender gelten, es sei denn sie widersprechen. Dieses Verfahren soll mit einem Register und mehrfachen persönlichen Anschreiben, die auf die Rechtsänderung hinweisen, begleitet werden. Eine Änderung der eigenen Entscheidung, ohne Begründung, bleibt jederzeit möglich. Damit bleibt die Organspende an sich, eine freie und persönliche Entscheidung. Die einzige Pflicht besteht darin, sich dagegen oder dafür zu entscheiden.

Ein zweiter Gesetzentwurf will die rechtliche Ausgangssituation, die bisherige Entscheidungslösung, beibehalten, aber beim Bürger stärker für eine freiwillige Spende werben. Gleichzeitig sollen die Rahmenbedingungen, unter denen Ärzte Organspender identifizieren, verbessert werden. Die Unterstützer des Gesetzesentwurfs sind der Auffassung, dass Solidarität zwar wünschenswert ist, sie aber nicht von der Gesellschaft erwartet und vom Staat eingefordert werden darf. In der Praxis soll hierzu ein Online-Register eingerichtet werden, in das sich die Bürger freiwillig eintragen können. Zudem sollen Bürger bei dem Besuch einer Ausweisstelle Informationsmaterialien erhalten und aktiv auf die Organspende und entsprechende Beratungsmöglichkeiten bei Hausärzten hingewiesen werden.

Ich bin der Überzeugung, dass wir am Ende eine Lösung brauchen, die zwei Dinge schafft: Die absolute Transparenz der getroffenen, eigenen, Entscheidung und eine signifikante Erhöhung der gespendeten Organe.

Daten & Fakten

12 Berufe sollen nach Einschätzung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wieder meisterpflichtig werden. Im Auftrag einer Koalitionsarbeitsgruppe, der ich seit 2018 angehöre, wurde in einem intensiven Diskussionsprozess mit breiter Anhörung betroffener Berufsverbände erörtert, in welchen Handwerken eine Wiedereinführung zwingend bzw. rechtlich durchzusetzen ist. Notwendig war diese Überprüfung, nachdem es in etlichen der 53 Berufe, in denen 2004 die Meisterpflicht abgeschafft wurde, zu Problemen, insb. mit Ausbildungsrückgängen und Qualitätsmängeln kam.

In den Berufen Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Betonstein- und Terrazzohersteller, Estrichleger, Behälter- und Apparatebauer, Parkettleger, Rollladen- und Sonnenschutztechniker, Drechsler und Holzspielzeugmacher, Böttcher, Glasveredler, Schilder- und Lichtreklamehersteller, Raumausstatter sowie Orgel- und Harmoniumbauer soll ab Anfang 2020 der Meister wieder Voraussetzung zum Führen eines Betriebes werden. Für zwischenzeitlich gegründete Unternehmen wird es entsprechend eine Bestandsgarantie geben.

Frau.Macht.Demokratie — und das über Grenzen hinweg

Den Weg in die Politik zu finden, zumal als Frau, ist keine leichte Aufgabe. Daher stelle ich mich im Rahmen verschiedener Mentoring-programme seit Jahren regelmäßig gern zur Verfügung, um mit meiner praktischen Erfahrung anderen ihren Weg zu erleichtern. So auch jetzt wieder im niedersächsischen Programm „Frau.Macht.Demokratie“. Schon die Zusammenführung von Mentees und Mentoren im Vorfeld hat gezeigt: Es braucht mehr Frauen! Vorgesehen ist eigentlich eine Begleitung im eigenen kommunalpolitischen Wirkungskreis. Meine zweite Mentee allerdings konnte in ihrem „Beritt“ einfach keine weibliche Unterstützung finden und so erstreckt sich meine Betreuung diesmal bis in den Landkreis Cloppenburg. Nichtsdestotrotz: ich freue mich über den weiblichen „Nachwuchs“ und auf eine starke Zeit mit „meinen Mädels“ Frauke Martens und Alexandra Seidel. Lasst es uns anpacken!

WPZ zum Anfassen

Was zeige ich dem Waldbeauftragten der Bundesregierung, Cajus Caesar, wenn ich ihn endlich als Gast für meinen Wahlkreis gewinnen konnte? Auf jeden Fall auch die wunderbare Arbeit des Waldpädagogikzentrums (WPZ) Ahlhorn! Als eine von 9 Einrichtungen der Nds. Landesforsten bietet das Zentrum ein hervorragendes und vielschichtiges Angebot, um Kindern und Jugendlichen den Lebensraum Wald näherzubringen.

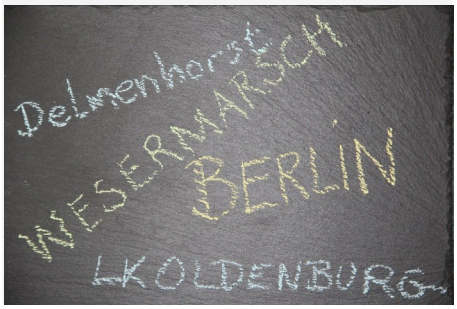
Mein ehemaliger Bundestagskollege und ich hatten dabei nicht nur Gelegenheit, uns mit Forstamtsleiterin Regina Dörrie und ihrem Team auszutauschen, sondern auch die Arbeit mit einer Klasse in der Praxis zu erleben. Am Bodendenkmal „Glaner Braut“ musste die Heide entkusselt werden. Eine wichtige Arbeit und bei strahlendem Sonnenschein garantiert besser als ein stickiger Klassenraum. Lektion des Tages: an vielen Stellen braucht die Natur pflegerische Unterstützung. Lobenswert, dass tausende Schüler jedes Jahr ihre Erfahrungen sammeln können.

Organspende: Die Diskussion

Nicht nur im Bundestag, auch in der Bevölkerung wird kontrovers über Für und Wider der verschiedenen Gesetzesentwürfe diskutiert. Die Podiumsdiskussion, die ich zusammen mit der Senioren Union Ganderkesee veranstaltet habe, zeigte neben dem bunt gemischten Meinungsbild vor allem eines ganz deutlich: es besteht großer Informationsbedarf! Wie läuft eine Organspende ab? Welche Systeme verhindern Missbrauch? Was sagt der Organspendeausweis? Wie können Betroffene besser begleitet werden? Die Runde mit zwei Medizinern des Klinikums Bremen-Mitte, Bischof Adomeit und der organtransplantierten Sportlerin Chantal Bausch hat Einblicke aus erster Hand gegeben, die Geschichten haben uns alle bewegt. Ob pro oder contra, in einem waren sich alle einig: es ist wichtig, für sich eine Entscheidung zu treffen, mit der Familie darüber zu sprechen und ein Ja oder Nein zu dokumentieren. Denn im Zweifel zählt für die Ärzte jede Minute.

Unterwegs:

- 19.09.2019: Speeddating der LandFrauen, Kirchhatten
- 20.09.2019: Besuch Strandapotheke Butjadingen
- 23.09.2019: Schülergespräch Gymnasium Ganderkesee



Astrid Grotelüschen MdB

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro
Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro
Lange Straße 15
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969